



**Presseinformation**

**03. Juli 2014**

**Pressestelle**

Ministerium für  
Inneres und Kommunales des  
Landes Nordrhein-Westfalen

Telefon 0211 871 2300/2301  
Telefax 0211 871 2500

pressestelle@mik.nrw.de  
www.mik.nrw.de

**Plenarrede von Innenminister Ralf Jäger  
Unterrichtung der Landesregierung  
„Auswirkungen des Unwetterereignisses  
vom 9. Juni 2014“**

**am 03.07.2014  
in Düsseldorf**

**- Es gilt das gesprochene Wort. -**



Anrede,  
das Unwetter vom 9. Juni diesen Jahres hat einen verheerenden Schaden angerichtet.

Das gilt für den hohen finanziellen Schaden, aber es gilt vor allem auch für das schreckliche Ausmaß, mit dem das Sturmtief Ela die Menschen, unsere Bürgerinnen und Bürger in NRW, getroffen hat:

6 Menschen haben ihr Leben verloren:

In Düsseldorf wurden 3 Menschen getötet, die vor dem Sturm in ein Gartenhaus geflüchtet waren, auf das eine große Pappel stürzte.

In Köln erschlug ein umstürzender Baum nach einem Blitzeinschlag einen Radfahrer.

In Krefeld zerstörte ein umstürzender Baum eine Stromleitung und traf einen 28-jährigen Radfahrer. Er verstarb an einem Stromschlag.

In Essen verstarb ein Mensch bei Aufräumarbeiten.

Unsere Gedanken waren und sind bei diesen Menschen, bei ihren Hinterbliebenen, ihren Familien und Freunden.

Nach den uns vorliegenden Meldungen wurden durch das Unwetter und die anschließenden Aufräumarbeiten zudem 98 Menschen verletzt, davon 17 Einsatzkräfte.



Die Landesregierung wünscht diesen Menschen eine gute Genesung, und eine hoffentlich vollständige Erholung von den Folgen.

Anrede,

das Interesse an einer Unterrichtung über die Bewertung und Reaktion der Landesregierung im Anschluss an dieses Unwetters ist groß - sowohl hier im Landtag, als natürlich auch in der Öffentlichkeit.

Ich werde gleich darauf eingehen. Aber lassen Sie mich zuvor noch etwas sagen, das mir besonders wichtig ist:

Im Namen der gesamten Landesregierung möchte ich allen Helferinnen und Helfern, allen Haupt- und Ehrenamtlichen, und jedem Menschen danken, der dazu beigetragen hat, die Folgen des Unwetters zu beseitigen.

Ich weiß, dass wir alle oft wie selbstverständlich davon ausgehen, dass die Feuerwehr und die anderen Hilfskräfte es schon irgendwie richten werden - dafür sind sie ja schließlich da.

Ich will an dieser Stelle aber betonen: Der große und schwere Einsatz, den nicht nur unsere Einsatzkräfte, sondern auch die Behörden vor Ort und die zahlreichen Freiwilligen geleistet haben, ist in diesem Ausmaß eben keine Selbstverständlichkeit.

Dieser Einsatz verdient unser aller Respekt, und ich hoffe sehr, dass das auch im Beitrag aller Fraktionen hier im Landtag deutlich wird - ich bin da sehr zuversichtlich.



Anrede,

durch die schweren Unwetter mit Gewittern, Starkregen und extremen Sturm wurde am Pfingstmontag, den 9. Juni 2014, nahezu ganz Nordrhein-Westfalen getroffen. Besonders stark betroffen waren die Region Düsseldorf und Teile des Ruhrgebietes.

Ich habe dem Innenausschuss bereits einen ausführlichen Bericht vorgelegt, aus dem sich die Leistungen der Einsatzkräfte und das bis jetzt bekannte Ausmaß des Schadens ergeben. Darin sind auch Zahlen berichtet, zu den bisher von den Kommunen gemeldeten Schäden.

Ich vermute, wir alle haben an der einen oder anderen Stelle gesehen und gespürt, welche Auswirkungen der Sturm in den Kommunen hatte, in denen er gewütet hat.

Wir konnten sehen,

- wie die Zerstörung von Baumlandschaften das Stadtbild verändert hat,
- wie das tägliche Leben zum Erliegen kam, weil Straßen und Zugstrecken durch Bäume blockiert waren,
- welche Kraftanstrengung es für die Kommunen bedeutet hat, die Infrastruktur Schritt für Schritt wiederherzustellen.

Für uns als Landesregierung war klar, dass wir die Kommunen bei dieser enormen Anstrengung unterstützen müssen.



Deshalb haben wir am 17. Juni 2014 beschlossen, einen Hilfsfonds für die besonders von dem Unwetter betroffenen Kommunen einzurichten. Zweck dieses Fonds wird vorrangig die Beteiligung des Landes an der Wiederherstellung der notwendigen Infrastruktur in den Kommunen sein. Versicherbare Schäden sind hiervon nicht erfasst.

Die Gesamtsumme der bisher von den Kommunen gemeldeten Schäden ergibt ca. 220 Mio. EUR. Dabei handelt es sich um erste grobe Schätzungen.

Es haben aber noch nicht alle Kommunen berichten können, weil die Aufräumarbeiten erst einmal wichtiger waren.

Ich schätze aber, dass wir am Ende auf gemeldete Schäden der Kommunen in der Größenordnung von 350 bis 450 Mio. EUR kommen werden.

Ich möchte an dieser Stelle auf die aktuelle Diskussion eingehen, die die uneinheitlichen Meldungen der Kommunen zu den Schäden an Bäumen kritisiert.

Es ist richtig, dass die höchste Schadensposition in den bisher vorliegenden Meldungen der Kommunen die Beseitigung und Neuanpflanzung zerstörter innerstädtischer Bäume ausmacht.

Nicht zu vergessen sind natürlich auch die Schäden auf den Verkehrswegen, im öffentlichen Nahverkehr, an öffentlichen Gebäuden und in den Abwassersystemen.



Was die Bäume betrifft, ist es richtig, dass nicht alle Kommunen die gleichen Berechnungsgrundlagen gewählt haben: Die auch in der Presse genannten Beträge umfassen eine Spanne von 200 EUR bis 2000 EUR pro Baum.

Sicher ist, dass die Neubepflanzung mit Stadtbäumen erheblich höhere Kosten verursacht als eine Aufforstung im Wald.

Ich meine, wir brauchen ein Verfahren, das so objektiv und gerecht wie möglich die Schäden in den Kommunen abbildet- und Überzahlungen ausschließt.

Hierzu gibt es aus meiner Sicht zwei Wege:

Der eine Weg wäre die Standardisierung. Das heißt, wir bräuchten geeignete Parameter, wonach die Schadensarten nach denselben Maßstäben erhoben und bewertet werden.

Ein anderer Weg wäre das Verwenden geeigneter Indikatoren, wie es uns seinerzeit beim Wintersturm Kyrill gelungen ist:

Hier haben wir den so genannten „gefallenen Festmeter Holz“ zur Grundlage genommen. Danach wurden die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds für die Wiederherstellung der Schäden an der Infrastruktur auf die Kommunen verteilt. Es gab keinen Streit über diese Grundlage.



Damals war man sich einig, dass dort, wo viel Holzschaden angefallen ist, das Unwetter auch in der Infrastruktur heftigen Schaden angerichtet haben muss.

Solche abstrakten Indikatoren, die nicht die Schadenshöhen der jeweiligen Schadensmeldungen abbilden, verobjektivieren das Verfahren.

Indikatoren, die das Ausmaß, mit der die einzelne Kommune vom Unwetter getroffen wurde, spiegeln und zugleich keine Anreize zu Mitnahmeeffekten auslösen.

Deshalb bevorzuge ich persönlich diese Variante. Wichtig ist mir, dass wir zu einer gerechten Verteilung kommen, Überzahlungen vermeiden und dass wir möglichst schnell Hilfe leisten.

Dazu werde ich auf die Kommunalen Spitzenverbände zugehen, um gemeinsam geeignete Kriterien zu finden.

Ein erstes Gespräch mit den betroffenen Kommunen hatte ich bereits am 20. Juni. Dort habe ich diese Überlegungen erläutert und Zustimmung erhalten.

Wenn über ein solches Verfahren mit den Kommunen Konsens erzielt werden kann, könnten die Mittel schneller an die Kommunen weitergegeben werden. Aufwändige Prüfungen der Angaben der Kommunen über die Höhe der verschiedenen Schadensarten würden entfallen.

Es käme dann nicht mehr darauf an, ob die Kommunen akzeptable Beträge, zum Beispiel für die Schadensposition Baum, angesetzt haben.



Anrede,

neben der Vorbereitung des Landesfonds prüfen wir natürlich auch, ob wir Mittel aus dem Europäischen Solidaritätsfonds in Anspruch nehmen können. Dieser Fonds, der Mittel zur Bewältigung schwerer Katastrophen bereitstellt, setzt aber hohe Hürden.

Ich bin nicht so zuversichtlich, dass wir diese Hürden nehmen. Erst wenn ein Ereignis einen gesamtwirtschaftlichen Schaden in Milliardenhöhe verursacht hat, können Mittel aus dem Fonds fließen. Das sind in Deutschland 3,7 Milliarden EUR an Schäden insgesamt, die wir erreichen müssen.

Neuerdings ist auch eine lokale Betrachtung möglich auf der Ebene der Regierungsbezirke. Da müssten wir z.B. 2,7 Milliarden EUR Schäden allein im Regierungsbezirk Düsseldorf feststellen können.

Nichts desto trotz prüfen wir das, denn bei dem Sturm Kyrill bestand auch zunächst Skepsis, und am Ende konnten wir doch Mittel aus dem Fonds erhalten, weil die privaten Schäden enorm hoch waren.

Auch dieses Mal stellen wir fest, dass die Zahlen im privaten Bereich steigen. Unsere erste Anfrage bei den Versicherungen hatte Schätzungen von 200 Mio. Euro an privaten Schäden ergeben.

Inzwischen meldet der Gesamtverband der Versicherungswirtschaft Schäden von 600 Mio. Euro in den Privathaushalten.

Wir haben einen strukturierten Fragebogen an die Kommunen verschickt, um die vorläufigen Schadensschätzungen aller Kommunen zu erfahren. Wir erwarten zum 18. Juli die Antworten.



Dann werden wir prüfen können, ob ein Antrag bei der Europäischen Union Erfolg versprechen kann.

Ich gehe davon aus, dass wir dann auch ein besseres Bild für das ganze Land haben werden, welche Schäden im Bereich der Infrastruktur der Kommunen entstanden sind.

Wir werden in der Landesregierung dann darüber beschließen können, mit welcher Summe das Land die Kommunen unterstützt.